Nr. 262.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.

Mittwoch, 19. September.

erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge. Auflage 32000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

XXII. Jahrgang.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden.

Dresden, 1877.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge. Eine Garantie für das nächstägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Politisches.

Wenn es wahr ist, was der Telegraph von vorgestern aus Stambul meldet, so hat die Pforte mit einem Federstrich den Krieg gegen Rußland verloren, den ihre tapferen Generäle am Balkan mit Aufwand aller Kräfte gewonnen haben. „Sämmtliche christliche Beamte, mit Ausnahme der Armenier, sollen auf Befehl des Sultans aus allen Staatsstellen entfernt werden" — lautet die unglaubhafte Nachricht, und damit würde der russisch-türkische Krieg aus sein; an seine Stelle träte eine vereinte europäische Aktion und machte nunmehr mit Recht der heillosen Verblendung der ottomanischen Machthaber ein Ende; jener Machthaber, die im December 1876 eine Verfassung gegeben haben, nach welcher die Volksvertretung zu zwei Dritteln aus Muselmanen und zu einem Drittel aus Christen besteht und welche im September 1877 ohne Kammer-Beschluß, blos auf Akte der Willkür sich stützend, die christlichen Beamten des Reiches relegiren wollen. Wie gesagt, der Schritt wäre so ungeheuerlich, daß man wohlthun wird, ihn vorläufig zu bezweifeln. Was die freisinnige Presse Deutschlands gegen Rußland aufbringt und gegen jede Emanation Rußlands selbst dann mißtrauisch stimmen würde, wenn dort wahrhaft Gutes geschähe, ist der instinktive Haß jedes Culturvolkes gegen die Willkür. Gefiele sich die Pforte jetzt, einiger tapfer gewonnener Schlachten wegen, in Willkürakten, so würden die Sympathien Europa's, die ihr als einem angehenden Verfassungsstaat zugewendet worden sind, sofort in's Gegentheil umschlagen. Nicht die Kanonen Osman Pascha's, noch die todesverachtenden Redjifs Mehemed Ali's schützen und stützen die Türkei, sondern diese kann auf die Dauer nur durch ein vollkommen ehrliches Verfassungsleben gerettet werden.

Mac Mahon ist, wenn er überhaupt ein Uebel ist, ein sehr vorübergehendes Uebel. Das Jahr 1881 wird gar nicht so lange mehr auf sich warten lassen. Jede andere Regierungsform, die der seinen folgt, wird auch vorrübergehend sein, da bekanntlich die äußere Stabilität die letzte Tugend der Franzosen ist. Was indeß bleibt, ist der französische Volkscharakter, und mit diesem, von den Gewalthabern abgesehen, rechnen zu lernen, ist für uns Deutsche höchst lehrreich. Fürst Bismarck sucht seine Alliirten im Osten. Wie sich auch der russische Riese ungeberdig reckt und unsere Interessen bei jeder Bewegung über den Haufen wirft; ihm wird Alles verziehen. Er ist nun einmal ein ungeschlachter „Freund", man muß sich neben ihm einrichten und ihn nicht reizen. Dieser, gewiß klug berechneten officiellen Reichs-Politik stehen unsere Wünsche völlig entgegen. Mit den Franzosen verbinden uns unsere Cultur-Interessen, ihnen danken wir das bescheidene Maß von Freiheit, dessen wir uns jetzt erfreuen. Hätte nicht die Völkerfreiheit im Jahre 1789 in Frankreich das Licht der Welt erblickt, so wäre sie, so vermuthen wir, von Moskau nie zu uns gekommen. Man erwartet vom Osten auch wohl weniger einen Völker-Freiheitsmorgen, als vielmehr eine kräftige Parzenscheere, womit man die Aeste des Freiheitsbaumes abknipst, wenn sie in den Himmel wachsen sollten. Genug, wir, d. h. das deutsche Volk, hätten allen Grund, uns den Franzosen zu alliiren, wenn diese nur nicht gar so wetterwendisch, empfindlich und unberechenbar wären. Jeden Freund des Völkerfriedens und der Völkercultur muß es daher angenehm berühren, daß Oberst Stoffel, der aus 1870 wohlbekannte Militär-Attaché Frankreichs in Berlin, es unternimmt, Friede zu säen zwischen Frankreich und Deutschland — eine Arbeit, vor der die Berliner Officiösen eine merkwürdige Abneigung haben. Stoffel schreibt:

„Der Frankfurter Frieden war kaum gezeichnet, als auch schon in Frankreich die Furcht vor einem neuen Krieg mit Deutschland Platz griff. (!) Seitdem wurden die Gemüther unaufhörlich durch Besorgnisse aller Art in Unruhe und mehrmals in förmliche Panniken versetzt. Diese mehr oder weniger gerechtfertigten Befürchtungen haben ihren Ursprung stets in Paris in einer allen möglichen Eindrücken über Gebühr zugänglichen und, wie keine andere nach Aufregung gierigen Bevölkerung. Von da verbreiten sie sich über die Provinz, wo sie die mißliche Lage des Handels, der Gewerbe und des Verkehrs noch verschlimmern. Es ist interessant und vielleicht nützlich, den Ursachen einer solchen Erscheinung nachzuforschen. Wie kommt es, daß in einem Lande von 36 Millionen Einwohnern, wie Frankreich, eine von einer benachbarten Regierung vorgebrachte Bemerkung oder eine von einem preußischen General gehaltene Rede oder ein Artikel der fremden Presse oder selbst eine aus der Luft gegriffene Nachricht genügt, um sogleich alle Gemüther in Angst und Sorge zu versetzen? Die Befürchtungen eines Krieges mit Deutschland beruhen auf vier Hauptgründen, nämlich: 1) die außerordentliche Empfänglichkeit der französischen Nation für alle Eindrücke; 2) das seit dem Kriege von 1870 zwischen Deutschland und Frankreich bestehende gegenseitige Mißtrauen; 3) die in unserem Publikum herrschende Unkenntniß des deutschen Charakters; 4) seine Unkenntniß der Folgen des Instituts der allgemeinen Wehrpflicht.

Stoffel führt nun aus, daß die Empfänglichkeit der Franzosen mit einer starken Friedenspolitik nach und nach verschwinden werde; zu Mißtrauen gegen Deutschland sei kein Grund vorhanden, wenn man die thörichte Revanche bei Seite lasse; die Franzosen sollten, statt sich gegen die Deutschen abzuschließen, deren Grundcharakter, der ehrenwerth sei, studiren; und endlich sei die allgemeine Wehrpflicht eine Erschwerniß für jede machtübermüthige Regierung, unpopulaire Kriege zu führen. Von Herzen drückt man dem Obersten bei diesen goldenen Worten die Hand, und wir werden nie ermüden, zu versichern: Deutschland und Frankreich wollen gute Freunde sein.

Eine Art Galgenhumor erfaßt den wahrhaften Patrioten, wenn er die sonderbaren Mittel betrachtet, mit denen man das kranke deutsche Reichsportemonnaie flicken möchte. Das Nächstliegende, daß man, wenn man finanziell in der Klemme sitzt, sparen muß, dem 445½ Millionen-Militairbudget etwas abzwacken und das hier Ersparte productiv verwenden, — das wollen die Reichsbudgetdoctoren nicht hören. „Orientkrieg", „Russische Großmacht", „Französische Rüstungen", das schwirrt sofort in der Berliner officiösen Luft, wenn man vom Militairbudget Ersparnisse fordert. Stoffel irrt, wenn er glaubt, die unfriedlichen Gerüchte entstünden immer in Paris. Wir kennen ihren Ursprung und ihre Tendenz. Auch die allerneueste Reichsbudgetwehemutter denkt nicht ans Sparen, sondern an höhere Steuern. Herr v. Varnbüler will wohl Reichsfinanzminister werden, wenn er mit folgendem neuen Project debütirt?

Derselbe betont die (von uns bestrittene) Nothwendigkeit, für das Reich neue Einnahmen zu schaffen; man könnte bei wirklich gutem Willen eine die Bedürfnisse reichlich deckende Tabaksbesteuerung nach dem englischen Princip durch eine Regie oder nach dem Bandrollensystem einführen; da jedoch nicht zu erwarten ist, daß ein derartiges Gesetz für die nächste Zukunft zu Stande kommt, so schlägt Herr Varnbüler folgende neue Einnahmen vor: Petroleum ist wie früher mit M. 1. 50 zu besteuern, was für die Reichscasse eine Einnahme von fast 10 Mill. M. ergeben würde; die Steuer auf rohen Kaffee und Kaffee-Surrogate ist von M. 17. 5 auf M. 21 zu erhöhen: Mehreinnahme gegen 7 Mill. M.; Erhöhung der Steuer auf Thee von 24 auf 28 M.: Mehreinnahme 100,000 M. Wenn die in Deutschland vielfach verlangte Erhöhung der Tabaksteuer durchginge, so würde er Anstand nehmen, den Eingangszoll auf Getreide zu beikürworten, eventuell müßte jedoch auf Getreide ein Zoll von 0. 20 M. erhoben werden: Mehreinnahme für die Reichscasse 8 Mill. M. Dem entsprechend sei die Erhebung eines Zolles auf Mehl aus Getreide, Hülsenfrüchten 2c. von 0. 40 M. einzuführen: Einnahmen 1¼ Mill. M. Kraftmehl, Puder und Stärke, Zoll M. 1. 50, machen eine Einnahme von M. 170,000. Ferner schlägt Varnbüler vor eine Abgabe für Ochsen von 6, für Kühe von 4, für Jungvieh von 2, für Schafe von 1 M.: Einnahme M. 1,600,000; eine kleine Abgabe auf frisches Fleisch, kleines Wildpret, Fische, Eier: Einnahme M. 500,000; Erhöhung des Zolles auf Wein um M. 2 pro Centner auf die in Flaschen eingeführten werthvolleren Luxusweine um M. 4: Mehreinnahme gegen 3 Mill. M. Schließlich schlägt derselbe im Interesse der deutschen Waarenstatistik eine mäßige Abgabe von allen in das Ausland gehenden Sendungen als Entgelt für die statistische Erhebung derselben vor: Einnahme für das Reich von 4 Mill. M. Es ergiebt sich dann eine Gesammtmehreinnahme von M. 36,200,000.

Nun ergeben die Zollcontrolberichte über die Reichseinnahmen vom 1. April bis 31. August l. J., daß die Zölle gegen denselben Zeitraum von 1876 um 5½ Mill. M., die Tabaksteuer um 20,000 M., Branntweinsteuer um 1 Mill. M., Brausteuer um 194,000 M. zurückgingen, daß der Verbrauch von Kaffee und Thee sehr abgenommen hat. Ist dieser Zeitpunkt des schwindenden Nationalwohlstandes zu Steuerschraubungen geeignet? Doch nur nach folgender Logik: Wir werden ärmer, nehmen weniger ein, beschränken sogar den Consum der nöthigen Nährmittel — also wollen wir die Lebensmittel durch Verbrauchsteuern theurer machen, dann verdienen wir heidenmäßig viel Geld durch Mehrverbrauch.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 18. September. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg." schreibt: Nach einer Salzburger Privatdepesche von gestern Abend waren für den Fürsten Bismarck und Grafen Andrassy zum heutigen Tage Wohnung im Hotel Europa bestellt. Die Begegnung beider Staatsmänner dürfte demnach schon heute stattgefunden haben. Der deutsche Botschafter, Graf Münster, ist gestern von London nach Salzburg gereist.

Bad Gastein, 18. September. Fürst Bismarck und Sohn Herbert sind um 2¾ Uhr nach Salzburg abgereist.

Konstantinopel, 18. September. Ein Telegramm Suleiman Paschas an die Regierung meldet die Einnahme des Forts Nikolaus am Schipkapaß und fügt hinzu, der Kampf dauere fort, er hoffe aber, bald der übrigen russischen Positionen sich zu bemächtigen.

Locales und Sächsisches.

— Am Montag Mittag empfing Se. Maj. der König in besonderer Audienz die Condolenzdeputationen Dresdens und Leipzigs. Die hiesige Deputation ward gebildet aus den Herren Bürgermeister Dr. Hertel und Kirsten, Stadtrath Walther, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Hertel und Ackermann und den Stadtverordneten Adv. Lehmann und Dr. Welte; die Leipziger aus den Herren Bürgermeister Dr. Georgi und Stadtverordneten-Vicevorsteher Dr. Schill.

— Das Befinden Ihrer Majestät der Königin-Mutter war bis gestern Abend, nach aus Pillnitz eingegangener Meldung, ein durchaus befriedigendes.

— Dem Oberhofprediger Dr. Kohlschütter ist das Comthurkreuz 2. Classe des Verdienstordens, dem Waldarbeiter August Friedrich Müller in Breitenbrunn das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Einer der streitbarsten Abgeordneten des sächsischen Landtags hat jetzt nach beinahe 10jähriger Thätigkeit in der II. Kammer freiwillig sein Mandat niedergelegt: Herr Advokat Ludwig aus Leipzig. Durch seinen Austritt ist der aus den Städten Grimma, Lausigk, Colditz, Geringswalde und Hartha bestehende städtische Wahlkreis erledigt.

— Die scharfe Spaltung nach politischen Parteien und die Abstimmungen nach Parteiparole sind für den Landtag eben so unerquicklich und für das allgemeine Beste nachtheilig, wie sie es im Stadtverordneten-Collegium sind. Es ist eine überlegte Taktik, zu sagen: die Wirksamkeit des sächsischen Landtags sei eine geringe, er sei eben nur ein schwacher Schattenriß des Reichstags und er müsse deshalb nach der Berliner Schablone abgethan werden. Allerdings giebt es Reichsgesetze; aber kann, wenn die Landesvertretungen von Baiern, Sachsen, Würtemberg 2c. einmüthig sind, nicht Einfluß auf Parlament und Bundesrath geübt werden? Sollen die Reichstags-Abgeordneten nicht das Organ ihrer Wähler und Committenten sein? Freilich, wenn die Reichsdeputirten nach dem Muster von Hans Blum, Krause 2c. votiren, dann sieht es schlimm aus. Und dann gilt es weiter der Ausführung der Reichsgesetze durch die Regierung des Landes und hierin liegt ferner ein weites Feld der Thätigkeit und es ist nicht gleichgiltig für das Wohl der Bevölkerung, in welcher Weise dies geschieht. Aber außer den Reichsgesetzen und den darauf bezüglichen Organisationen hat die Landesregierung und haben die Landstände noch einen weiten Kreis der Wirksamkeit: Förderung der Industrie, des Handels und der Landwirthschaft; die Sorge für die allgemeine Volksbildung, die Fach- und die Gelehrtenbildung, also die Fürsorge für alle Arten Schulen von der Dorfschule bis zur Universität, eine Partie, in welcher Sachsen bekanntlich prosperirt (und wir nennen ganz ausdrücklich unsere neue Hochschule, das Dresdner Polytechnicum); die Pflege der Kunst und des Kunstgewerbes, der Schutz und das Interesse bezüglich aller Anstalten für humanitäre Zwecke (wir nennen z. B. die Anstalten für Blinde, Taubstumme, Schwach- und Blödsinnige, Irrsinnige, in welchen allen Sachsen von keinem deutschen Staate übertroffen wird); die Art der Besteuerung des Grundbesitzes, des Gewerbes und des Einkommens; kurzum, es giebt noch Fragen genug, an deren Lösung im Sinne einer gedeihlichen Culturentwickelung mitzuarbeiten der Landtag berufen ist und bei welchen die präcisirte politische Parteistellung der Abgeordneten nicht in Frage kommen kann und darf. Scharfer Blick, gesundes Urtheil, Energie, das Gute zu vertheidigen und zur Verwirklichung desselben beizutragen, Muth, der gewonnenen Ueberzeugung treu zu bleiben, Charakter, ohne Eigenwillen und Starrsinn, Liebe zu König und Vaterland, Bereitwilligkeit, dem allgemeinen Besten zu dienen und Opferfreudigkeit, — das sind die Eigenschaften, die ein Vertreter des Landes haben muß, wenn er seine Aufgaben zum Wohle desselben erfüllen will. Die Wahl der Abgeordneten und deren Haltung nach purer Parteiparole ist eine Schmälerung des Charakters und der Selbstständigkeit der einzelnen Wähler, wie der Abgeordneten, es stellt die Schablone an die Stelle der Gesinnung, es untergräbt die Geltung des Landtages! Möge der heutige Wahltag uns Männer bringen, die in erster Linie das Wohl des Vaterlandes und erst in zweiter das Interesse einer politischen Partei im Auge haben!

— Daß die Landtags-Candidaten ihre Aufgabe in Bezug auf die gegenwärtige gedrückte Lage unseres Geschäftslebens ernst auffassen, davon legt die Thatsache ein erfreuliches Zeugniß ab, daß sich Alle mehr oder weniger eingehend darüber ausgesprochen haben. Am ausführlichsten hat dies der Candidat des 3. Wahlkreises, Herr Stadtrath Emil Boenisch in seiner Wahlrede am Sonntag den 16. September gethan. Er legte dar, wie Sachsen's Wohlstand, Kunst und Wissenschaft ihre hauptsächlichsten und nachhaltigsten Quellen in dem regen Gewerbfleiße haben und bezeichnete es als eine heilige Pflicht der Volksvertretungen, die Eröffnung neuer Absatz- und Verkehrswege, Straßen und Eisenbahnen zu betreiben, die Errichtung und Vervollkommnung unserer gewerblichen Lehranstalten zu fördern und die Einrichtungen der gewerblichen Selbsthilfe, Handels- und Gewerbvereine, Handels- und Gewerbeschulen, soweit nur immer möglich, zu unterstützen und thunlichst Jedermann zugänglich zu machen. Man erkannte, wie seine fünfzehnjährige öffentliche Wirksamkeit in der größten Industriestadt Sachsens und seine 6jährige hiesige Thätigkeit ihn mit den gewerblichen Zuständen vertraut und zur Vertretung des industriellen Wahlkreises (Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt) vorzugsweise geschickt gemacht haben.

— Das „Leipz. Tagebl." jammert: „Der Stadt Leipzig ist eine harte Prüfung auferlegt. Nachdem noch bis gestern Mittag die Hoffnung gehegt worden, die Staatsregierung werde in Anbetracht der ganz außerordentlichen Lage, in welcher sich gegenwärtig unsere Stadt in Folge der Messe befindet, die erbetene Dispensation wegen der Landestrauer ertheilen und gestatten, daß die öffentlichen Lustbarkeiten wenigstens um einige Tage früher, als in der ursprünglichen Verfügung angegeben ist, wieder aufgenommen werden können, trafen im Laufe des Nachmittags sowohl beim hiesigen Rath, wie auch an den Theaterdirector Dr. Förster officielle Telegramme aus Dresden ein, welche jene Hoffnung vollständig vernichteten. In den Telegrammen war einfach gesagt, daß die Dispensation „der Consequenzen halber" nicht erfolgen könne. Es haben also die persönlichen Vorstellungen der Betroffenen in Dresden und die warme Befürwortung, welche der hiesige Rath bereits am Sonnabend Vormittag auf telegraphischem Wege diesen Gesuchen angedeihen ließ, Nichts gefruchtet. In dem Telegramm des Rathes an das königliche Ministerium des Innern war unter Anderm auf die großen Vermögensschädigungen aufmerksam gemacht, welche aus der Aufrechterhaltung der Landestrauer für Viele in der Stadt Leipzig hervorgehen, indem angesichts der Messe große und kostspielige Vorbereitungen getroffen worden seien. Die letzte Hoffnung kettete sich an die persönliche Anwesenheit des Herrn Bürgermeisters Dr. Georgi in Dresden, welcher sich heute, in Begleitung des Herrn Stadtverordneten-Vicevorstehers Dr. Schill, dorthin zur Bezeigung des Beileides seitens der Stadt begeben hatte. Herr Dr. Georgi hat auch im Ministerium des Innern wegen dieser Angelegenheit vorgesprochen und einen nochmaligen Versuch zur Abkürzung der Landestrauer gemacht; nach einem von ihm heute Nachmittag eingegangenen Telegramme hält das Ministerium jedoch seine frühere Verfügung vollständig aufrecht. Welcher ganz enorme Schade der Stadt dadurch erwächst, brauchen wir nicht weiter auseinander zu setzen." — Daß die Leipziger nur an ihren Schaden denken, weiß man seit lange. So wenig wir die jetzige Form der Landestrauer zu erhalten wünschen — so lange sie Gesetz ist, kann Leipzig nicht allein außerhalb des Gesetzes stehen.

— Aus Wurzen wird uns mitgetheilt, daß beziehendlich der dort vor einiger Zeit gewesenen Fleisch- bez. Milzkrankheits-Affaire die damals viel genannten Personen, durch deren Gebahren die schlimme Situation über Wurzen verhängt ward, nunmehr in folgender Maaße verurtheilt worden sind: der Gutsbesitzer Möller zu 18,000 Mark, die Fleischer Schubert sen. und jun. zu je 6000 Mark Strafe; der Fleischer Richter, welcher in eine gleich hohe Summe verurtheilt ward, das Geld aber nicht aufbringen kann, ist in Haft behalten worden. Der Gutsbesitzer Möller soll trotz des Vorgefallenen von dem Leipziger Gericht für die Schwurgerichtssitzungsperiode zum Geschworenen gewählt worden sein. Die damals von der Milzkrankheit befallenen und sonst geschädigten Personen haben sich auf dem Wurzner Gericht behufs Entschädigung zu melden.

— Der von Aussig aus dirigirte Elbeverein wird in Anbetracht der großen Zeit- und Geldverluste, welche der Thalfahrt durch das bisher übliche Anlegen in Schandau oder Krippen behufs Zollabfertigung erwächst, bei der Königl. Sächsischen Regierung ansuchen, daß diese Abfertigung ohne Aufenthalt durchgeführt werden möge. Ferner strebt der Verein an, die schon lange erwünschten täglichen Wasserstandsdepeschen von der Iser (Jungbunzlau) und der Eger (Postelberg) gebührenfrei zu erhalten, um sie nach Tetschen und nach Sachsen weitergeben zu können. Die in der Wehlener Conferenz nach Besichtigung des dortigen Felsensturzes gestellten Anträge behufs Reform der für die Steindruchthätigkeit längs der Elbe bestehenden Gesetze hat der Verein zum Beschluß erhoben und soll in den hierfür an die Sächsische Regierung einzureichenden Eingaben die Nothwendigkeit der Erlegung einer entsprechend hohen Caution seitens der Steindruchbesitzer insbesondere betont werden. Bezüglich der Signalisirung des Abgangs der Kettenschleppzüge von Tetschen für die in der